

---

## Angelika Zahrnt: Ökologisch-soziale Zukunftsfähigkeit

---

Angelika Zahrnt, geb. 1944 in Köslin/Pommern, ist stellvertretende Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND).

Der Dialog zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden ist notwendig. Er ist trotz allen guten Willens und trotz vielversprechender Ansätze, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, durchaus noch ausbaufähig. Bevor ich meine Überlegungen zum DGB-Grundsatzprogramm formuliere, möchte ich deshalb noch eine Vorbemerkung machen:

Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen nehmen zu, aber die Politik der Bundesregierung erschöpft sich im Krisenmanagement zu Lasten von Umwelt und sozialen Gruppen. Aktionismus, Abbau von Bürgerrechten und Umweltstandards beherrschen das Bild. Langfristig tragfähige Konzepte, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden, fehlen hingegen. Die Bekenntnisse der Politiker zum Ziel der nachhaltigen Entwicklung, wie sie etwa in der Konferenz von Rio formuliert wurden, bleiben hohl und folgenlos. Wir wollten es aber nicht bei solchen Bekenntnissen

belassen, wir wollten Nachhaltigkeit nicht zu einem Schlagwort verkommen lassen, das jeder nach Belieben gebraucht. Deswegen haben es sich der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Misereor zur Aufgabe gemacht, Rio konkret zu machen, Nachhaltigkeit genauer zu definieren. Wir haben hierzu eine Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ in Auftrag gegeben, die vom Wuppertal Institut erstellt worden ist und deren Ergebnis ich hier kurz skizzieren will, weil dies der Referenzrahmen ist, von dem aus ich mich mit dem Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms auseinandersetzen werde.

Diese Studie hatte die Aufgabe, die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Erde aufzuzeigen, und zwar möglichst quantifiziert, sowie einen Wirtschafts- und Lebensstil zu skizzieren, der die Lebensgrundlagen späterer Generationen sichert und den Ländern des Südens Zukunftschancen gibt. Das Ergebnis läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Wir müssen den Ressourcenverbrauch und die Emissionen in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2050 um etwa 80 bis 90 Prozent reduzieren. Dies ist - so die Studie - bei entsprechenden staatlichen Rahmenbedingungen, effizienterer Technik und geänderten Verhaltensweisen auch möglich.

Der zentrale Begriff der Studie ist der „Wert der Gerechtigkeit“, und zwar in einer umfassenden Dimension als weltweite, generationenübergreifende Gerechtigkeit. Dies schließt selbstverständlich Gerechtigkeit innerhalb eines Landes mit ein. Bei den Gewerkschaften heißt der zentrale Begriff „Solidarität“, und hier schließt sich der Bogen. Solidarität mit der Natur ist ohne Solidarität in der Gesellschaft nicht denkbar. Und deshalb sollte es das gemeinsame Anliegen von Umweltverbänden und Gewerkschaften sein, Perspektiven einer ökologisch-sozialen Zukunftsfähigkeit zu entwickeln.

#### 10 Fragen an den Programmentwurf

Im folgenden werde ich vor dem Hintergrund dieses, hier nur kurz skizzierten Konzeptes der Zukunftsfähigkeit einige Überlegungen, Anmerkungen und kritische Nachfragen an den Programmentwurf stellen. Ich tue das in zehn Punkten:

1. Notwendig ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, nicht nur die Übernahme des Begriffs. Das Wort nachhaltige Entwicklung kommt relativ häufig im Programmentwurf vor, eine Definition hingegen fehlt ebenso wie die Ausformulierung von Konsequenzen.

Es geht darum, wie Solidarität als Grundbegriff der Gewerkschaftsbewegung auf die Nutzung natürlicher Ressourcen angewendet werden kann - und zwar sowohl gegenüber der Natur als auch gegenüber der Dritten Welt und zukünftigen Generationen. Dies bedingt eine Auseinandersetzung mit den ökologischen Grenzen und dem überkommenen Wachstumsmodell. Bisher halten die Gewerkschaften noch immer am alten Wachstumsmodell fest, obwohl seit längerem wirtschaftliches Wachstum kaum mehr Arbeitsplätze

bringt und obwohl die Lebensqualität nicht mehr steigt, weil zunehmende Teile des Bruttosozialprodukts für Umwelt- und Gesundheitsreparaturen aufgebracht werden müssen. In Zukunft werden aber nicht mehr Zuwächse, sondern Zumutungen verteilt werden. Und hierbei erhält die Frage der sozialen Gerechtigkeit ein anderes Gewicht. Wir sehen das bereits an der Auseinandersetzung um das Sparpaket der Bundesregierung: Die Demonstration des DGB war sicherlich ein eindrucksvolles „So nicht!“, aber die Frage des „Wie dann?“ steht weiterhin an. Und wenn wir die ökologischen Herausforderungen annehmen, wenn wir die Nutzungsansprüche an die Umwelt reduzieren wollen, dann steht die Frage im Raum, wie dies mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinbaren ist.

2. Die Gewerkschaften müssen sich anders mit dem industriellen Weltbild, mit dem bisherigen Fortschrittsbegriff auseinandersetzen. Statt auf die weitere Entwicklung der Produktivkraft zur Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt und in der Verteilungsfrage zu setzen und damit letztlich, wie die Arbeitgeber und die herrschende Wirtschaftspolitik, auf ein „Weiter so“ zu bauen, sollten die Gewerkschaften neue Leitbilder als konkrete Utopie für ein menschen- und naturgemäßes Leben und Arbeiten entwickeln. Hierbei ist der gesamte Lebensalltag in den Blick zu nehmen, nicht allein die Erwerbsarbeit.

Historisch können die Gewerkschaften dabei an ihre Tradition anknüpfen, daß es ehemals drei Säulen der Arbeiterbewegung gab: den Arbeiter als Produzenten, als Konsumenten und als politischen Bürger. Entsprechend vielfältig waren die Aktivitäten der damaligen Gewerkschaften: Unternehmungen der Gemein Wirtschaft, Arbeiterkultur, Arbeiterbildung, Sport, Wirtschaftsdemokratie. Derzeit herrscht hingegen eine Verengung auf die Produzentenrolle vor, und hier wiederum auf von den Unternehmensleitungen vorgegebene Produkte und Technologien.

3. Es steht eine grundsätzliche Herausforderung mit der Kategorie Arbeit an. Mein Eindruck ist, daß trotz einiger neuer Akzente im Entwurf des Grundsatzprogramms oftmals doch noch die Norm des männlichen Vollerwerbsarbeitsplatzes - und das möglichst im industriellen Bereich - durchschimmert. Das Ziel der Vollbeschäftigung wird zwar relativiert, aber ohne daß dies im Programmentwurf konkretisiert wird.

Das Volumen an Erwerbsarbeit ist langfristig nur schwer vorhersehbar, es wird aber in jedem Fall zurückgehen, und gleichzeitig muß von einer Verlagerung zu Dienstleistungen, von Dezentralisierung, zunehmender Teilzeitarbeit, von einer Kombination von Erwerbs- und Eigenarbeit, von Familienarbeit und Ehrenamt ausgegangen werden. Deshalb sollten sich die Gewerkschaften stärker an Diskussionen über Modelle der Existenzsicherung ohne Erwerbsarbeit beteiligen und Überlegungen zum Thema Mindesteinkommen und Grundsicherung nicht weiter abblocken, auch wenn dieses Thema für sie natürlich brisant ist, weil Gewerkschaften sich über Erwerbsarbeit definieren. Aber die gängige Auffassung von der identitätsstiftenden Funktion bezahlter

Arbeit ist erst im letzten Jahrhundert entstanden und sie ist keine anthropologische Grundkonstante. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob es nicht auch ein „Recht auf Faulheit“ gibt, sondern darum, wie wertschöpfend Arbeit eigentlich ist und wie naturzerstörend sie sein darf

Die andere Dimension von Arbeit betrifft die Eigenarbeit und die Frage, ob die Gewerkschaften sich nicht engagieren sollten, die Bedingungen für Eigenarbeit zu erleichtern und attraktiver zu machen. Auch hier könnten die Gewerkschaften an eine Tradition anknüpfen, an den Selbsthilfegedanken, der früher in der Gewerkschaftsbewegung stark vertreten war. Heute hingegen sind Selbsthilfeinitiativen überwiegend außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens angesiedelt - ob das nun Öko-Banken sind oder ökologische Wohnsiedlungen, Car Sharing-Initiativen oder Nachbarschaftshilfen. Aber genau dort treffen sich — oft in einer ungewohnten Kombination -Arbeitslose und eine gutverdienende ökologische Avantgarde.

4. Die Gewerkschaften sollten die Beschäftigungschancen des ökologischen Umbaus offensiver angehen. Daß hier große Chancen liegen, ist schon gesagt worden.

5. Es ist offenkundig, daß unser derzeitiger Konsumstil in den westlichen Ländern nicht zukunftsfähig ist, daß er nicht auf andere Teile der Welt und auf zukünftige Generationen übertragbar ist. Das heißt, daß auch die Gewerkschaften sich mit unserem Lebensstil, mit dem Thema Konsum auseinandersetzen müssen und ihn nicht mehr undifferenziert als Konjunkturmotor sehen können, sondern sie müssen auch die ökologische Kehrseite des Konsums mitbetrachten.

6. Themenfelder wie Mitbestimmung bei Produkten sowie ökologische Tarifverträge sollten einen höheren Stellenwert bekommen. Die tarifpolitische und die betriebliche Ebene sollten von den Gewerkschaften zur Umsetzung von Umweltschutz genutzt werden. Gerade in der gegenwärtigen Krise, die ohnehin kaum materielle Verbesserungen zuläßt, sollte die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen in Fragen des Umweltschutzes gestärkt werden.

7. Die Gewerkschaften sollten sich frühzeitig auf überbetrieblicher Ebene in die Technologiepolitik einschalten. Wenn neue Technologien erst einmal auf der Ebene der Betriebe gelandet sind, geht es meist nur noch darum, ihre Einführung zeitlich zu strecken und die sozialen Folgen abzufedern. Es ist aber falsch, sich unter dem Versprechen neuer Arbeitsplätze allen sogenannten Schlüsseltechnologien gegenüber positiv zu verhalten - ob das nun Multimedia, Gentechnologie oder neue Reaktorlinien sind. Statt dessen ist auf dem Hintergrund neuer Leitbilder und von Risikoabschätzungen zu beurteilen, ob die jeweilige Technologie tatsächlich ein Gewinn ist, und welche Alternativen zur Verfügung stehen.

8. Die Gewerkschaften müssen sich aktiv mit der Globalisierung und den Bedingungen und Grenzen des Welthandels auseinandersetzen, wobei ich

einräumen muß, daß auch wir als Umweltverbände beim Thema Globalisierung noch relativ ratlos sind. Auch wir sind erst dabei, dieses Thema gedanklich zu erfassen. Das rührt zum Teil aus dem Dilemma, daß der freie Handel zwar billige Waren bringt, was für Konsumenten und Arbeitnehmer positiv sein kann und Exportmärkte öffnet, zugleich aber zu einer Verlagerung der Produktionsstandorte und zu neuer Wanderarbeit führt. Unbeantwortet ist auch die Frage, wie die Verlagerung von Produktionsstandorten unter dem Gesichtspunkt internationaler Solidarität zu bewerten ist. Unsere Hilflosigkeit diesem Phänomen gegenüber hat aber auch etwas mit der fehlenden gedanklichen Durchdringung der Globalisierung zu tun. Eine bessere Kontrolle der Kapitalströme, die Mobilisierung einer internationalen Gewerkschaftsstrategie, die Einführung internationaler Sozial- und Umweltstandards und die Einbeziehung von Menschenrechtsforderungen reichen als Antwort auf diese Herausforderung nicht aus.

9. Gewerkschaften benötigen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Betrieben und dem Kapital sowohl eine Strategie der Kooperation wie der Konfrontation. In der gegenwärtigen Phase einer frühkapitalistischen Renaissance muß für eine Rückkehr der Politik statt für die ungezügelte Herrschaft des Marktes gestritten werden, und zwar im Parlament und durch den Druck in der Öffentlichkeit, um sozial und ökologisch ausgewogene Rahmenbedingungen durchzusetzen und zu erhalten. Ein Beispiel hierfür ist die ökologische Steuerreform. Ich habe mich gefreut, daß jetzt auch die Gewerkschaften zu einer positiven Einschätzung der Ökosteuer gekommen sind. Im BUND fordern wir das bereits seit Anfang der achtziger Jahre. Und ich erinnere mich noch gut an viele, anfangs oft zähe Gespräche hierzu, auch mit den Gewerkschaften.

10. Die Gewerkschaften sollten sich selbst als Organisatoren für einen gesellschaftlichen Suchprozeß nach dem Weg ins 21. Jahrhundert verstehen.

Im BUND haben wir mit unserer Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht. Und unsere Erfahrung lautet, daß es ein breites Bewußtsein für die Dimension der gesellschaftlichen Veränderungen gibt, daß zwar vielfach Orientierungslosigkeit vorherrscht, was die zukünftige Entwicklung angeht, aber auch Aufgeschlossenheit für eine weitreichende Diskussionen über neue Werte und Leitbilder. Diesen Prozeß der gesellschaftlichen Zielfindung und Umorientierung, den der DGB mit seinem Programmentwurf mit anschieben will, sollten die Gewerkschaften versuchen, systematisch mitzuorganisieren, und zwar über den Beschluß ihres Grundsatzprogramms hinaus. Dazu gehört dann eine klare Benennung von Konflikten und Alternativen, und es wäre notwendig, Innovationsprozesse in einzelnen Branchen und Regionen beispielhaft in Gang zu bringen. Dies scheint mir viel wichtiger als ein fein austariertes Grundsatzprogramm, das in seiner Ausgewogenheit und seiner Allgemeinheit wenig zum Diskutieren einlädt und kaum Anstöße zu Innovationen gibt.